Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 349/2022

Sitzung vom 14. Dezember 2022

1660. Postulat (Kreislaufwirtschaft: Förderung der Umsetzung in den Gemeinden)

Die Kantonsrätinnen Silvia Rigoni, Zürich, und Karin Fehr Thoma, Uster, sowie Kantonsrat Thomas Schweizer, Hedingen, haben am 26. September 2022 folgendes Postulat eingereicht:

Die Regierung wird eingeladen darzulegen, in welchen Handlungsfeldern bzw. Themenbereichen und mit welchen Massnahmen die Gemeinden besonders wirksam zum schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern sowie zur Schliessung von Stoffkreisläufen beitragen können. Diese Auslegeordnung soll auch aufzeigen, wo auf und für die Gemeindeebene ein Regulierungsbedarf vorliegen könnte. Ebenso soll dargelegt werden, wo die besten Kooperationsmöglichkeiten unter den Gemeinden und mit der Wirtschaft/dem Gewerbe bestehen.

Begründung:

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat am 25. September 2022 mit einem JA-Stimmenanteil von 89,3% dem neuen Verfassungsartikel 106a (Stoffkreisläufe) zugestimmt, und alle Gemeinden im Kanton Zürich haben den neuen Verfassungsartikel befürwortet. Der Kanton Zürich und die Gemeinden stehen damit in der Verantwortung, günstige Rahmenbedingungen für einen schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien, Gütern und für die Schliessung von Stoffkreisläufen zu schaffen.

Die Gemeinden im Kanton Zürich sind bezüglich Grösse, Ressourcen, geografischer Lage, Anteil an den vier Wirtschaftssektoren und Zusammensetzung der Bevölkerung unterschiedlich aufgestellt. Die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels auf der Gemeindeebene muss auf die jeweilige Situation der Gemeinden ausgerichtet sein. Dies angepasst auszugestalten, liegt in der Verantwortung der einzelnen Gemeinden.

Aus Gründen der Effizienz und Schonung der personellen Ressourcen auf den Gemeindeverwaltungen soll den Gemeinden seitens des Kantons eine Orientierung und Hilfestellung zur Verfügung gestellt werden. Zahlreiche Fragestellungen und Herausforderungen werden sich bei vielen Gemeinden gleich oder ähnlich stellen. Eine Übersicht über Themenfelder und Handlungsoptionen bietet eine Orientierungshilfe zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft auf Gemeindeebene und ermöglicht es den Gemeinden, wirksam und schnell aktiv zu werden. Für relevante und ver-

breitete Handlungsfelder soll der Kanton konkrete Massnahmen entwickeln und die Gemeinden können diese bei Bedarf übernehmen und weiterentwickeln.

Im Sinne einer Dienstleistung soll der Kanton eine Auslegeordnung machen, die aufzeigt, ob und wo auf und für die Gemeindeebene ein Regulierungsbedarf besteht. Damit erhalten die Gemeinden eine Übersicht über den Handlungsbedarf und ihren Spielraum und können das Erforderliche in die Wege leiten.

Der Kanton soll den Austausch unter den Gemeinden unterstützen, damit geeignete Massnahmen, welche eine Gemeinde entwickelt hat, anderen Gemeinden zur Kenntnis gebracht werden. Es soll auch regionale und gemeindeübergreifende Massnahmen zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft fördern und die Kooperation mit der lokalen Wirtschaft unterstützen.

Auf Antrag der Baudirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Silvia Rigoni, Zürich, Karin Fehr Thoma, Uster, und Thomas Schweizer, Hedingen, wird wie folgt Stellung genommen:

Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft steht bereits seit Jahrzehnten im engen Austausch mit den Abfallfachstellen der Zürcher Gemeinden. Bei diesem Austausch wurde und wird die Kreislaufwirtschaft mitberücksichtigt. Als jüngstes Beispiel sei die Kooperationsvereinbarung zwischen der Baudirektion und dem Verein Schweizer Plastic Recycler aus dem Jahr 2021 zur Förderung der Sammlung und stofflichen Verwertung von gemischten Kunststoffabfällen aus Haushalten erwähnt. Die Gemeinden können sich bei der Einführung einer Kunststoffsammlung auf diese Vereinbarung beziehen und werden fachlich entlastet. Zahlreiche Gemeinden haben seither denn auch eine Kunststoffsammlung eingeführt. Dieser Austausch wird auch in Zukunft weitergeführt.

Zudem laufen bei der Baudirektion bereits Arbeiten zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie zur Kreislaufwirtschaft. Dabei werden auch Fragen zu möglichen Handlungsfeldern und Massnahmen auf Gemeindeebene geprüft. Ziel ist es, die verschiedenen Themen und Anliegen hinsichtlich einer Kreislaufwirtschaft in einem kantonalen Konzept aufeinander abzustimmen. Das Konzept soll dann auch als Grundlage für den neuen Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft dienen.

Die Anliegen des Postulats werden bereits durch die laufenden und vorgesehenen Arbeiten berücksichtigt. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 350/2022 abzulehnen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Baudirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli